

Stifter des Chaos

Die Türkei führt Krieg gegen die Kurden, unterstützt den »Islamischen Staat« und verfolgt zusammen mit den USA das Ziel, die syrische Regierung zu stürzen – imperialistische Strategien auf einem Kriegsschauplatz mit unklaren Fronten

Norman Paech

Nach wie vor wird in den deutschen Medien die Partiya Karkerén Kurdistan, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), als Terrororganisation gehandelt. Die Redaktionen können sich auf die EU-Terrorliste berufen und damit ihre seit Jahrzehnten gepflegten Vorurteile gegen die Organisation und deren politischen Ziele bemänteln. Allerdings scheinen einige mittlerweile zu bezweifeln, ob mit einer solchen Stigmatisierung die politischen Koordinaten in dieser permanenten Unruheregion noch zutreffend erfasst werden können. Es gab zaghafte Überlegungen, die PKK von der Terrorliste zu streichen und deren seit 1993 in Deutschland bestehende Brandmarkung aufzugeben. Ausschlaggebend sind dafür einige Entwicklungen, die den gesamten Mittleren Osten zunehmend in einen wilden Kriegsschauplatz mit unklaren Fronten verwandeln.

Da ist zunächst der »Islamische Staat« – im Arabischen »Daesh« –, der nun wirklich eine Terrororganisation ist und zu Recht als ein Folgeprodukt des völkerrechtswidrigen Überfalls auf den Irak 2003 und dessen totale Zerstörung durch die USA und ihre Kriegskoalition bezeichnet werden kann. Aber nicht nur das. Was auf Anordnung eines US-Gerichtes im Mai 2015 die Veröffentlichung eines Geheimberichtes der Defence Intelligence Agency (DIA) enthüllte, bestätigt nur schon lange gehegte Vermutungen über eine Beteiligung der USA. Dass diese Schrecken verbreitende Terrormiliz entstehen und zu einer so gefährlichen Kraft anwachsen konnte, geschah nicht nur unter den Augen der US-Geheimdienste, sondern mit deren Unterstützung und der ihrer engsten Verbündeten Türkei, Katar und Saudi-Arabien. Seit spätestens August 2012 war der US-Administration und dem Nationalen Sicherheitsrat die Bildung einer salafistischen Terrorherrschaft in Syrien nicht nur bekannt, sondern willkommen. Washington meinte, damit eine weitere Kraft zur Beseitigung des Regimes von Baschar Al-Assad zu haben, gleichsam als seine Bodentruppen, um nicht seine eigenen opfern zu müssen. So unglaublich und skandalös die Vorstellung von der Obama-Regierung als Pate einer Terrororganisation auch sein mag, Sie passt in die US-amerikanische Strategie im Mittleren Osten. Spätestens seit dem Einsatz der Mudschaheddin in Afghanistan, später der Taliban und der Förderung von Usama bin Ladens Aktivitäten gegen die Sowjetunion, gehört die Zusammenarbeit mit Terrorgruppen zum politischen Konzept des »Regime Change« im Mittleren Osten. Die USA konnten auf langjährige Erfahrungen im Umgang mit und der Benutzung von Terrororganisationen in Lateinamerika aufbauen. So warf ihnen der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Unterstützung der Contras in Nicaragua in den achtziger Jahren vor. Insofern mussten sie auch wissen, dass sich die Terrormiliz »Daesh« eines Tages aus dem strategischen Kalkül der US-Geheimdienste lösen würde und sich wie Al-Qaida und die Taliban sogar gegen die USA richten könnte. Dieser Zeitpunkt war spätestens mit der Eroberung Mossuls im Sommer 2014 erreicht, mit der die Salafisten ihre territorialen Ansprüche über den Osten Syriens auf den Nordirak und das Autonomiegebiet der Kurden ausdehnten. Das war auch ein Angriff auf die Interessen der USA, die in dieser ölreichen Region eine enge Interessengemeinschaft mit Masud Barsani und seinen Peshmerga der »Demokratischen Partei Kurdistans« (DPK) eingegangen waren. Das ist weitaus bedeutsamer als eine immer unberechenbarer werdende indirekte Allianz mit »Daesh« zum Sturze Assads in Damaskus. Dieses Ziel allerdings hat Washington nicht aufgegeben und setzt nun auf eine neue Terrorgruppe, die sogenannten gemäßigten Rebellen, die gemeinsam mit den Türken auf deren Territorium aufgebaut und ausgebildet werden, um sie gegen Damaskus führen zu können. Es wird nicht lange dauern, bis sich auch Söldner der Al-Nusra-Front oder von »Daesh« unter dieses Dach mit dem Namen »Neue Syrische Streitkräfte« begeben, um sich nicht nur der politischen Adelung, sondern auch der bewaffneten Unterstützung zu erfreuen. Denn auch in diesem Krieg mögen bei manchen Glaube und Überzeugung, beim Gros aber Sold und Bewaffnung die Hauptrolle spielen. Offenbar hat die US-Administration doch nichts aus der Erfahrung gelernt, Terroristen nicht dauerhaft an der Leine führen zu können – oder es ist strategisches Kalkül ihrer Politik zur weiteren Destabilisierung der Region um jeden Preis.

Konstante Unterdrückung

Die Türkei wiederum verfolgt mit der Beseitigung des Assad-Regimes das gleiche Ziel wie die USA. Doch geht es ihr in erster Linie darum, kurdische Bestrebungen nach mehr Autonomie oder gar einem eigenen Staat auf jeden Fall zu verhindern. Das ist eine Konstante aller türkischen Regierungen seit der Gründung der Türkei 1923. Sie waren dabei nicht wählerisch und setzten vornehmlich auf Gewalt und Krieg. Die über 40.000 zu beklagenden Toten im Kampf mit der PKK seit 1984 wären zu vermeiden gewesen, wären die türkischen Regierungen auf die Forderungen der Kurden nach Beachtung ihrer grundlegenden Rechte sowie die Gewährung von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung eingegangen. Seit 1995 hat PKK-Chef Abdullah Öcalan auf das Ziel der Errichtung eines separaten und souveränen Kurdenstaates verzichtet. Zwar mag es unter den Kurden nach wie vor die Vision eines eigenen Staates geben. Öcalan hat jedoch immer wieder deutlich gemacht, dass die kurdische Gesellschaft in ihrem segmentierten Zustand, verstreut über mindestens vier Staaten, gar nicht die Voraussetzungen dafür bietet. Zudem widerspreche eine solche Staatenbildung seinem Zukunftsbild vom ganzen Mittleren Osten als einer in föderalen Strukturen lebenden Bevölkerung. Die türkischen Regierungen haben diese auf Frieden aufbauende Vision nie zur Kenntnis nehmen wollen und verfolgen Aktivisten der kurdischen Bewegung immer noch mit dem Vorwurf des Separatismus. Insofern ist die jüngste Wendung von Präsident Recep Tayyip Erdogan, den politischen Weg eines Friedensprozesses mit den Kurden wieder zu verlassen und auf das Militär zu setzen, nicht neu. Der einzige türkische Staatsmann, der offensichtlich ernsthaft eine friedliche Lösung mit den Kurden verfolgte, war Turgut Özal – er wurde 1993 vergiftet.

Die Gespräche, die Erdogans Abgesandte mit Öcalan in seinem Gefängnis auf der Insel Imrali führten, stocken schon lange. Seit Monaten lebt der Kurdenführer wieder in der Isolation, abgeschnitten von seinen juristischen und politischen Beratern. Erdogans Politik folgt der simplen Maxime: Brauche ich die Kurden, komme ich ihnen entgegen, brauche ich sie nicht, gibt es keine Entspannung. Der jüngste radikale Umschwung und die Rückkehr zum Krieg gegen die Kurden sind die Reaktion auf Entwicklungen, die Erdogan offensichtlich als äußerst gefährlich einschätzt: der Einzug der Demokratischen Partei der Völker (HDP), der einzigen Partei, die die Interessen der Kurden vertritt, ins türkische Parlament und der erfolgreiche Widerstand der syrischen Kurden mit Unterstützung der PKK gegen die Angriffe von »Daesh« im Sengal-Gebirge und Kobani. Beides zeigt nicht nur die gewachsene politische Ausstrahlung und militärische Stärke der kurdischen Bewegung, sondern auch das moralische Gewicht, welches sie international gewonnen hat.

Der Erfolg der HDP, bei den Wahlen im Juli die Zehn-Prozent-Hürde zu überspringen, hat Erdogan einen dicken Strich durch sein autoritäres Projekt der Alleinherrschaft mit einer ihm gefügigen AKP gemacht. Er kann sich nun seine diktatoriale Macht nicht mehr verfassungsrechtlich absichern lassen, um wenigstens den Eindruck rechtsstaatlicher Legitimation zu erwecken. Der bis jetzt erfolgreiche aber äußerst verlustreiche Widerstand der syrischen Kurden gegen den »Islamischen Staat« und die alleine ihnen zu verdankende Rettung Tausender Jesiden vor dem sicheren Tod, haben die wahre Position der Kurden im Antiterrorkampf klargestellt. Dieser deutliche Beweis ihres Einsatzes gegen den Terror hat die USA wie auch die Bundesregierung allenfalls irritiert, bisher aber noch nicht zu einer Revision ihrer falschen Aufteilung in gute und böse Kurden geführt. Auch die Einrichtung und Verteidigung der autonomen Region Rojava, der drei Kantone Cizire, Kobani und Afrin im Norden Syriens an der Südgrenze zur Türkei, sollte das positive Bild der Kurden in der internationalen Öffentlichkeit nicht unerheblich bestimmen. Ihre demokratische Verfassung und ihr fortschrittliches gesellschaftliches Programm sind eine Herausforderung für alle umliegenden Staaten. Doch dies sieht die türkische Regierung vor allem als Bedrohung an, da die syrischen Kurden in Öcalan ebenso ihren Lehrer und Führer sehen wie die PKK und mit ihr zusammenarbeiten. Anstatt verstärkt den Dialog mit den Kurden nun wieder aufzunehmen und die unbestreitbare Bedeutung Öcalans für den Friedensprozess zu akzeptieren, rennt Erdogan erneut in die Sackgasse von Gewalt und Krieg.

Gemeinsame »Werte«

Die NATO-Verbündeten der Türkei haben auch diesmal wie die Jahrzehnte zuvor nichts gegen diesen groben Fehler unternommen. Im Gegenteil. Die Bundesregierung lässt ihre militärisch zwar sinnlosen, aber symbolisch zur Stützung des Erdogan-Regimes wertvollen »Patriot«-Raketen in Stellung. Niemand protestiert wirksam gegen die offene Verletzung des Völkerrechts durch die Bombardierung ziviler Einrichtungen und Dörfer in den irakischen Kandil-Bergen – dem Rückzugsgebiet der PKK – durch die türkische Luftwaffe. Schlimmer, Washington unterstützt das Vorgehen offen, da Ankara in seiner Frontstellung gegen Damaskus und Teheran benötigt wird. Die Türkei hat lange Zeit »Daesh« mit Nachschub und Rückzugsmöglichkeiten gefördert, da die Salafisten den gemeinsamen Feind, die Kurden im Norden Syriens, angriffen. Gleichzeitig hat sie der US-Army die Nutzung des nahen Flughafens Incirlik zur Bekämpfung des »Daesh« verwehrt. Nun dreht sich die Front: gemeinsam gegen Syrien, »Daesh« und die Kurden. Doch ist noch lange nicht ausgemacht, ob diese »Gemeinsamkeit« andauert und trägt. Wer Anschauungsmaterial imperialistischer Machenschaften sucht, sollte seinen Blick auf diese Region des Mittleren Osten lenken. Dann wird deutlich werden, dass die

vielbeschworenen Werte dieser NATO-Gemeinschaft wie »Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung, Solidarität« einmal mehr benutzt werden, um die wahren Gründe: Öl, Absatzmärkte und geostrategische Erwägungen zu verschleiern.

Dem hat sich jetzt auch Masud Barsani untergeordnet und die Kurden der PKK aufgefordert, die Kandil-Berge zu verlassen. Das wird ihm zwar das Lob seiner alten Verbündeten aus den USA und aus der Türkei einbringen, nicht aber das des Führers der anderen Kurdenpartei (PUK, Patriotische Union Kurdistans) im Nordirak, Dschalal Talabani, in dessen Einflussgebiet die Berge liegen, die er den türkischen Kurden ausdrücklich als Rückzugsgebiet angeboten hat.

Ob »Daesh« in der Strategie seiner einstigen Förderer völlig ausgedient hat und die Gefahr, die von einem »Islamischen Gottesstaat« ausgeht, größer eingeschätzt wird als sein Nutzen für den Kampf gegen Assad und die Kurden im Norden Syriens, ist unklar. Das wird sich erst in der Konsequenz erweisen, mit der der Kampf gegen den »Daesh« von den USA und der Türkei aufgenommen wird. Es spricht sogar einiges dafür, dass »Daesh« immer noch in der Reserve gehalten und deshalb nicht vollkommen ausgeschaltet werden soll. Da die USA jetzt offensichtlich der Forderung Erdogans nach einer »Schutzzone« im Norden von Syrien nachgegeben und verkündet haben, ihre Bodentruppen, d.h. die in der Türkei rekrutierten und ausgebildeten »moderaten Rebellen« gegen Angriffe der regulären syrischen Truppen zu schützen, wird der Kampf gegen »Daesh« zweitrangig. Die Türkei wird genug damit zu tun haben, die kurdischen Siedlungsgebiete jenseits ihrer Südgrenze in den Griff zu bekommen. Damit beherrscht sie Nord- und Westkurdistan und kann sich leicht mit Barsani in Südkurdistan arrangieren.

Vorsätzliche Eskalation

Öcalan hatte immer wieder auf die Einhaltung des Waffenstillstandes bei seinen Kämpfern gedrungen. Mit der Wiederaufnahme der Angriffe durch die türkische Armee und der Verhaftungswelle gegen Politikerinnen und Politiker der HDP ist dieser hinfällig und der Friedensdialog zerstört. Das ist keine Folge des Attentats von Suruc am 20. Juli. Die Entscheidung zu Eskalation und Krieg war vorher gefallen, Suruc diente als Auslöser. Ein Komplott, bei dem Washington der Stützpunkt Incirlik für seine Operationen in Syrien geöffnet wurde und Ankara dafür freie Hand für seinen Krieg gegen die Kurden erhalten hat. Bisher hat der Respekt vor dem UN-Sicherheitsrat die Türken noch davon abgehalten, sich der kurdischen Siedlungsgebiete im Norden Syriens (Rojava) zu bemächtigen. Das könnte sich jetzt mit dem Einverständnis der USA zu einer »Schutzzone« ändern, denn diese wird sich nicht ohne direkte Intervention einrichten lassen. Erdogan hat wiederholt unmissverständlich zu verstehen gegeben, ein autonomes kurdisches Territorium an seiner Südgrenze niemals zu dulden. Die Regierung in Cizire hingegen hat sich immer zur Einheit Syriens bekannt, eine Sezession ausgeschlossen und die territoriale Integrität Syriens schon aus Eigeninteresse betont. Wer weiß jedoch, wann die Zerstörung des syrischen Staates so weit vorangetrieben sein wird, dass die USA auch diesen Zugriff auf fremdes Territorium ihrem Verbündeten gewähren. So wie sie den wiederholten türkischen Angriffen auf den Norden des Irak nie ihren Widerstand entgegengesetzt haben. Die imperialistische Strategie schreckt vor kaum etwas zurück, wie ihre bisherigen Feldzüge im Mittleren Osten bezeugen. Mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit wird auch diese Eskalation mehr Chaos als Frieden bringen.

Denn dieses Szenario wird sich so nur dann reibungslos umsetzen lassen, wenn die Kurden sich nicht zur Wehr setzen. Das ist unwahrscheinlich. Die türkische Armee wird mit heftigem Widerstand zu rechnen haben, sollte sie die Grenze überschreiten. Das würde den ganzen Südosten der Türkei erfassen – womöglich noch darüber hinaus gehen. Die Unterstützung, die die Kurden in der Region und international erhalten, wird allgemein unterschätzt. Ihr Streben nach Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Autonomie ist in den Institutionen und bei den Staaten der UNO weitgehend anerkannt. Wenn es sich für die türkischen Kurden bisher noch nicht in einer aktiven Unterstützung ihrer Autonomiewünsche ausdrückt, so hat das etwas mit der »Solidarität«, vulgo Kumpanei, der NATO-Partner mit der Türkei zu tun. Die Autonomie der Kurden im Nordirak hingegen ist faktisch anerkannt und die Autonomie Rojavas wird zumindest geduldet.

Wenn die ungehinderte Verletzung des syrischen Territoriums durch die US-amerikanische Luftwaffe bisher noch mit der Verteidigung gegen den Terror der Mörderbanden des »Daesh« legitimiert werden konnte, so gibt es eine derartige Rechtfertigung für türkische Truppen nicht. Sofern es gelingt, sie wieder aus dem Nordirak und von den Ölquellen zu entfernen, steht ihnen das Kampffeld in Syrien gegen Assad offen. Sie sind dort willkommen. Die Söldner von »Daesh« operieren nur deswegen an der türkischen Grenze, weil sie von dort ihren Nachschub bezogen und ihnen den Rückzug ermöglicht wurde. Die Kurden Rojavas wiederum haben nie eine Gefahr für ihren nördlichen Nachbarn dargestellt und es gibt keine Anzeichen dafür, dass es zukünftig so komme – sie würden es erst durch die Einrichtung einer »Schutzzone«.

Ziel Iran

Letztlich stellt sich die Frage, weswegen die USA und die Türkei auf der Beseitigung Assads bestehen und dafür Krieg und Terror forcieren. Jahrelang haben beide Staaten ungestörte wirtschaftliche und politische Kontakte mit der Führung in Damaskus unterhalten. Die zweifelhafte menschenrechtliche Bilanz des Assad-Clans war bekannt und hat niemals die Beziehungen getrübt. Washington hat sich sogar der Folterpraktiken syrischer Gefängnisse bedient, indem Terrorverdächtige aus den USA nach Syrien überstellt wurden. Menschenrechtliche Bedenken waren noch nie Richtschnur für die außenpolitischen Beziehungen zu den autokratischen Regimen im Mittleren Osten, deren Menschenrechtsbilanzen nicht besser sind als die Assads. Mit dem Iran – ebenfalls auf der Liste der zu beseitigenden und auszuwechselnden Regime – hat man sich schließlich arrangiert und die »Change«-Pläne zumindest vorerst zurückgestellt. Die Querelen über die Stellung und den Einfluss der syrischen Muslimbruderschaft, der AKP eng verbunden, können es nicht sein. Deren Aufstand und sein Ende im Massaker von Hama liegen über 30 Jahre zurück. Die Antwort auf die Frage mag auf der banalen Tatsache beruhen, dass Syrien auf dem Weg nach Iran liegt, dem letzten Mosaikstein der geplanten Neuordnung des Mittleren Ostens, sowie auf der noch nicht gänzlich aufgegebenen und widerlegten Einschätzung, dass das Regime Assads trotz heftiger Gegenwehr schwach und besiegt ist. Die Unsicherheiten über seine Nachfolge werden offensichtlich ebenso in Kauf genommen wie die furchtbaren Kosten seines Sturzes. In Abwandlung des Rufes des arabischen Frühlings: »thaura hatta'l nasr«, »Revolution bis zum Sieg« heißt es hier: Krieg und Terror bis zum Sieg.

Norman Paech war Hochschullehrer für Öffentliches Recht in Hamburg und schrieb auf diesen Seiten zuletzt am 26. Juni 2015 über die Verabschiedung der UN-Charta vor 70 Jahren.